

Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland

M1 Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet?

1 Während der globalen Finanzkrise 2008 hatten
auch deutsche Banken Probleme. Viele hatten
Wertpapiere gekauft, die plötzlich nichts mehr
wert waren. Wenn eine Bank solche Verluste nicht
mit Eigenkapital ausgleichen kann, ist sie pleite. In
diesem Fall bekommen die nächsten Banken Pro-
bleme, denen die Pleite-Bank Geld geschuldet hat.
Denn auch sie müssen diese Schulden dann aus ih-
rer Bilanz streichen und können so ebenfalls lei-
tegehen (»Domino-Effekt«). Deshalb misstrauten
sich die Banken und liehen sich gegenseitig kaum
noch Geld, obwohl das für das normale Funktio-
nieren der Bankgeschäfte notwendig ist.

In dieser Situation hat die deutsche Regierung
den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoF-
Fin) geschaffen. Der SoFFin konnte Kredite auf-
nehmen und mit diesem Geld Banken unterstüt-
zen, die in Zahlungsschwierigkeiten waren. Wenn
der Fonds dabei Verluste macht, dann müssen das
letztlich wir Bürger_innen mit Steuergeldern be-
zahlen, die dann für andere Dinge fehlen.

Unterstützt wurde unter anderem die Com-
merzbank. Wie viel Geld hat der Staat dafür
ausgegeben? Und wie hoch wird der Verlust am
Ende für uns alle sein? Genau weiß das niemand,
sagt selbst ein Gutachten vom Wissenschaftlichen
Dienst des Bundestages¹. Aber mit den Zahlen,
die im Gutachten zusammengetragen sind, lässt es
sich zumindest grob berechnen.

2008 begann die Unterstützung der Com-
merzbank. In diesem Jahr hat der SoFFin ihr 8,2
Mrd. Euro geliehen. Für diese sogenannte »Stille
Einlage« sollten 9 Prozent Zinsen pro Jahr gezahlt
werden.

2009 wurde die Stille Einlage noch einmal um
8,2 Mrd. Euro erhöht. Außerdem hat der SoF-
Fin für 1,8 Mrd. Euro Aktien der Commerzbank
gekauft. Damit besaß der Staat 25 Prozent der
Aktien und hatte eine Sperrminorität. Das heißt,
dass seine Vertreter bei wichtigen Entscheidungen
zustimmen mussten. Mit anderen Worten gehör-
te die Commerzbank jetzt zu einem Viertel dem
Staat – sie war teilverstaatlicht.

2011 hat die Commerzbank 14,8 Mrd. Euro
zurückgezahlt. Das Geld dafür hatte sie durch die
Ausgabe neuer Aktien bekommen. Um seinen
Aktienanteil von 25 Prozent (Sperrminorität) zu

behalten, hat der Staat für 3,3 Mrd. Euro neue
Aktien gekauft. Insgesamt hat er damit 5,1 Mrd.
Euro für Aktien der Commerzbank ausgegeben.

2013 hat die Commerzbank die restlichen
1,6 Mrd. Euro der Stillen Einlage zurückgezahlt.
Dazu hat sie wieder neue Aktien ausgegeben.
Diesmal hat der Staat aber keine nachgekauft und
damit seine Sperrminorität aufgegeben.

Die Aktien, die der SoFFin für insgesamt 5,1
Mrd. Euro gekauft hat, machen Ende 2017 noch
einen Anteil von 15,6 Prozent aller Aktien der
Commerzbank aus. Das sind rund 0,2 Mrd. Stück.
Der Aktienkurs lag Ende 2017 bei 12,50 Euro
pro Aktie. Das heißt, wenn der Staat die Aktien
Ende Dezember verkauft hätte, dann hätte er rund
2,4 Mrd. Euro dafür bekommen. Damit hätte er
mit den Aktien einen Verlust von 2,7 Mrd. Euro
gemacht.

Zu dem Verlust aus dem Aktiengeschäft kom-
men die Kosten des Staates für das Geld, das er
in die Bank gesteckt hat. Nehmen wir an, er hat
dafür 2008 zehnjährige Staatsanleihen ausgegeben,
für die er jährlich 3 Prozent Zinsen zahlen muss,
und rechnen noch einen jährlichen Inflationsaus-
gleich von 1 Prozent dazu. Dann hat der Staat in
jedem Jahr vier Prozent des Geldes verloren, das
er aktuell in die Bank gesteckt hat. Nach dieser
groben Überblicksrechnung waren das bis Ende
2017 Kosten von 3,3 Mrd. Euro.

Dagegen stehen die Zinsen, die von Commerz-
bank gezahlt werden sollten. Die neun Prozent
Zinsen für die Stille Einlage musste die Bank nur
in Jahren zahlen, in denen sie Gewinn gemacht
hat. Das war aber unter anderem wegen der Maß-
nahmen zur frühzeitigen Rückzahlung nur 2012
der Fall. Insgesamt hat die Commerzbank rund
1,4 Mrd. Euro an den Staat gezahlt. Neben Zin-
sen waren das hauptsächlich Gebühren und Ent-
schädigung für entgangene Zinsen. Werden diese
Zahlungen eingerechnet, bleibt unter dem Strich
bisher immer noch ein Verlust von 4,6 Mrd. Euro
für die Öffentlichkeit.

Kaum jemand bezweifelt, dass die Stabilisie-
rung der Finanzmärkte 2008 sinnvoll war. Aber
die Banken zu retten und die Kosten die Bevölke-
rung zahlen zu lassen, halten viele für den falschen
Weg. Wie teuer es am Ende wird, ist auch 10 Jahre
nach Ausbruch der Krise offen. Nicht nur im Fal-
le der Commerzbank. ■ Quelle: Autorentext

¹ Staatliche Hilfen für die Commerzbank AG – Eine vorläufige Bilanz
(WD 4 – 3000 – 052/17)

M2 Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank

Jahr	Stille Einlage		Aktien		Gesamt-investition des SoFFin	Geschätzte Kosten für das investierte Geld	Zahlung der Bank (u. a. Zinsen und Entschädigungen)
	Zahlung und Rückzahlung	Höhe der Einlage	An- und Verkauf	Summe bisherige An- und Verkäufe			
2008	8,2	8,2			8,2	0,3	
2009	8,2	16,4	1,8	1,8	18,2	0,7	0,2
2010		16,4		1,8	18,2	0,7	
2011	-14,8	1,6	3,3	5,1	6,7	0,3	1
2012		1,6		5,1	6,7	0,3	0,1
2013	-1,6	0		5,1	5,1	0,2	0,1
2014				5,1	5,1	0,2	
2015				5,1	5,1	0,2	
2016				5,1	5,1	0,2	
2017				5,1	5,1	0,2	
Summe	0	-	5,1	-	-	3,3	1,4

Gerundete Milliarden Euro, jeweils auf ganze Jahre gerechnet

ARBEITSVORSCHLÄGE

1.1 Lesen Sie M1. Gehen Sie anschließend folgenden Fragen zur Tabelle (M2) nach:

- Was bedeuten die Zahlen in den einzelnen Spalten der Tabelle?
- Wie hoch ist laut M1 der Verlust, den der Staat mit der Unterstützung der Commerzbank gemacht hat?
- Wie berechnet sich diese Zahl?

1.2 Berechnen Sie, wie viele Zinsen der Staat bekommen hätte, wenn die Commerzbank für die »Stillen Einlagen« tatsächlich neun Prozent Zinsen pro Jahr gezahlt hätte.

1.3 Vergleichen Sie Ihr Ergebnis mit dem Betrag, den die Bank tatsächlich an den Staat bezahlt hat. Wie erklären Sie sich den Unterschied?

1.4 Überlegen Sie, warum die Vertreter_innen des Staates der Rückzahlung unter diesen Bedingungen zugestimmt haben. Wie beurteilen Sie das?

1.5 Recherchieren und berechnen Sie, wie sich die Ausgaben für die Unterstützung der Commerzbank

seit Anfang 2018 weiterentwickelt haben. Berücksichtigen Sie bei der Recherche die folgenden Fragen:

- Hat der Staat Dividendenzahlungen von der Commerzbank bekommen?
- Hat der Staat Aktien verkauft und wenn ja, zu welchem Preis und wie viele hält er noch?
- Wie hoch ist derzeit der Preis pro Aktie?
- Wie viele Zinsen werden für eine 10-jährige deutsche Staatsanleihe pro Jahr fällig, die im Januar 2018 ausgegeben wurde?
- Wie hoch war die durchschnittliche Inflationsrate seit Anfang 2018?

Mögliche Quellen sind unter anderem die Berichte auf der Seite des SoFFin (<https://www.deutsche-finanzagentur.de/de/finanzmarkt-stabilisierung>), die Geschäftsberichte der Commerzbank (<https://www.commerzbank.de>) und das Statistische Bundesamt (<https://www.destatis.de>).

1.6 Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einem Kurzvortrag dar.

M3 Lehrkräftemangel an Grundschulen

- 1 In Deutschland wurde die bildungspolitische
 . Debatte lange Zeit von der Meinung beherrscht,
 . eine Verbesserung der Schulbildung könnte ohne
 . stärkere Investitionen erreicht werden. Begründet
 5 wurde dies mit einem Rückgang der Schülerzah-
 . len. Gegenwärtige Hochrechnungen zeichnen je-
 . doch ein anderes Bild, denn die Schülerzahlen an
 . hessischen Grundschulen steigen seit 2014.
 . Zu Schulbeginn im Herbst 2017 konnten an
 10 hessischen Grundschulen 100 Stellen nicht besetzt
 . werden. Laut einer Prognose der Gewerkschaft
 . Erziehung und Wissenschaft (GEW) wird es an
 . Grundschulen bis zum Jahr 2025 28.000 Schüle-
 . rinnen und Schüler mehr geben. Der Anstieg der
 15 Geburtenzahlen spielt dabei eine entscheidende
 . Rolle. Es müssten folglich rund 1.700 Lehrkräf-
 . te für die Primarstufe eingestellt werden, um die
 . Kinder ausbilden zu können.
 . Bundesweit müssten den Prognosen entspre-
 20 chend bis 2030 gar 42.800 zusätzliche Lehrkräfte
 . für Grundschulen eingestellt werden. Gerade in
 . Hinblick auf die Forderungen nach einer höheren
 . Bildungsqualität bei gleichzeitiger Reduzierung
 . der Arbeitsbelastungen von Lehrkräften wird der
 25 dringende Handlungsbedarf seitens der Politik
 . sichtbar.
 . Das Bruttogehalt von Grundschullehrer_innen
 . beträgt je nach Berufsjahren zwischen 3198,26
 . und 4271,28 Euro pro Monat. Durchschnittlich
 30 zahlt das Land Hessen für eine_n Grundschulleh-
 . rer_in also rund 55.000 Euro mit Sozialausgaben
 . pro Jahr. Bei Gymnasiallehrer_innen liegt das mo-
 . natliche Gehalt zwischen 3722,64 und 4754,32
 . Euro. Das sind jährlich rund 62.000 Euro mit
 35 Sozialabgaben. ■ Quelle: Autorentext in Anlehnung an den Artikel
 »Lehrkräftemangel in Hessen« von Roman George, in *HLZ – Zeitschrift der GEW*
Hessen (4/2018)

ARBEITSVORSCHLÄGE

2. Lesen Sie M3 und vergleichen Sie die Kosten für Lehrkräfte mit den 4,5 Milliarden Euro Verlust, die der Staat bei der Rettung der Commerzbank gemacht hat (M1). Gehen Sie folgenden Fragen nach:

- Wie lange könnten die fehlenden Grundschul-
lehrkräfte mit den 4,5 Milliarden Euro bezahlt
werden?
- Wie viele Lehrkräfte für Gymnasien könnten mit
4,5 Milliarden Euro für ein Schuljahr eingestellt
werden?

M4 Schulstreik in Kassel

- 1 Vor dem Kasseler Rathaus versammelten sich
am Vormittag des 11. Dezember 2017 mehrere
Hundert Schülerinnen und Schüler, um mit einer
Demonstration auf die maroden Zustände ihrer
5 Schulen öffentlich aufmerksam zu machen. Initiiert wurde der Schulstreik vom Bündnis »Unsere Zukunft erkämpfen«.
- 10 Zuvor hatte das Bündnis über soziale Netzwerke in einem Video und Beiträgen verlauten lassen, es fehle an modernen sowie funktionstüchtigen Unterrichtsmaterialien und die Gebäude der Kasseler Schulen seien in renovierungsbedürftigen Zuständen. Mit der Demonstration wollen die Schülerinnen und Schüler die Verantwortlichen
15 der Stadt Kassel auffordern, mehr finanzielle Mittel für die Instandhaltung der Schulgebäude in die Hand zu nehmen. In einer Pressemitteilung des Bündnisses »Unsere Zukunft erkämpfen« vom 9. Dezember 2017 ist zu lesen: »Die Stadt entzieht sich der Verantwortung, selbst Geld in die Hand zu nehmen und die Mittel für die Sanierung der
20 Schulen frei zu machen – im eigentlichen Haushalt sind nur rund 2,7 Millionen Euro vorgesehen. Das lässt darauf schließen, dass aus Eigeninitiative des Magistrats wenig passieren würde und die
25 Ausgaben möglichst klein gehalten werden sollen. Deshalb ist unser Protest so wichtig!« ■ Quelle:

Autorentext



Demo von Schüler_innen am 11. Dezember 2007 in Kassel
Fotograf: Uwe Zucchi (dpa)

ARBEITSVORSCHLÄGE

3. Lesen Sie den Artikel M4 zum Schulstreik in Kassel und gehen Sie in Gedanken durch Ihre Schule. Was fehlt in den Unterrichtsräumen? Wo sollte das Gebäude umgebaut werden? Fehlen Arbeitsmaterialien oder besondere Räumlichkeiten? Was müsste dringend repariert, ersetzt oder neu angeschafft werden?

3.1 Befragen Sie Ihre Schulleitung anhand der folgenden sowie selbst entwickelter Fragen:

- Was kostet der Betrieb Ihrer Schule in einem Jahr und auf welche Posten verteilen sich die Ausgaben?
- Wofür wurde in den letzten Jahren am meisten Geld ausgegeben und was hat das gekostet?

- Stehen größere Projekte an, für die derzeit kein Geld da ist (welche und was würde das kosten)?
- Wie viele Lehrkräfte arbeiten an Ihrer Schule und was kostet eine Lehrkraft den Staat in einem Schuljahr durchschnittlich?

3.2 Vergleichen Sie die Kosten für Ihre Schule mit den 4,5 Milliarden Euro Verlust, die der Staat bei der Rettung der Commerzbank gemacht hat (M1).

- a. Berechnen Sie, für wie viele Jahre die Gehälter der Lehrkräfte Ihrer Schule mit 4,5 Milliarden Euro gezahlt werden könnten.
- b. Summieren Sie die Kosten für größere Projekte an Ihrer Schule und berechnen Sie, an wie vielen Schulen diese Projekte für 4,5 Milliarden Euro umgesetzt werden könnten.

M5 Kommunale Haushalte: Ausgaben der Stadt Kassel für Bildungs- und Kultureinrichtungen

- Die Stadt Kassel liegt in Nordhessen und hat fast 200.000 Einwohner. Das Schulverwaltungsamt der Stadt ist für die rund 60 Schulen im Kasseler Stadtgebiet zuständig. Zu den Aufgaben des Schulverwaltungsamts gehören der Bau, die Unterhaltung und die Ausstattung der Schulen mit Lehrmaterialien, die Abrechnung mit anderen Schulträgern und die Organisation der Schülerbeförderung. Bei einem überwiegenden Teil dieser Aufgaben wird die Stadt durch Investitionsprogramme des Landes Hessen und des Bundes unterstützt. Auch das Kulturamt der Stadt Kassel sieht für das Jahr 2018 eine Reihe von Investitionen und Bezuschussungen von sozialen Projekten vor. Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Zahlen stellen eine Auswahl an Ausgabe- und Zuschussposten für Kasseler Bildungs- und Kultureinrichtungen dar, die im Haushaltsplan 2018 der Stadt aufgeführt sind. ■ Quelle: Autorentext

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆AUSWAHL VON AUSGABE- UND ZUSCHUSSPOSTEN DER STADT KASSEL FÜR DAS JAHR 2018◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

Posten/Objekt	Zweckbestimmungen und Ziele	Kosten in €
Café Libre	Stadtteilbezogene Freizeit- und Bildungsangebote für Jugendliche im Alter von 12 bis 19 Jahren	15.090*
Schule am Heideweg	Neubau Mensa, Erweiterung Hort/Ganztag	2.750.000**
KITA Brückenhof	Sanierung und U3-Ausbau	1.270.000*
Grundschule Waldau	Energetische Sanierung Dach, Fenster, Fassade, Heizung und Lüftung	2.807.000*
Wilhelms-gymnasium	Dach- und Fassadensanierung	625.000*
Martin-Luther-King-Schule	Energetische Dach- und Fassadensanierung Aula-Anbau	1.493.000*
Sporthalle Königstor	Energetische Sanierung Dach und Fassade, Heizung und Lüftung	2.800.000*
Kulturzentrum Schlachthof	Sanierung und Erweiterung 2017 und 2018, Eigenbeteiligung der Stadt mit 620.000 €	3.800.000*
Dreifelderhalle am Auepark	Neubau in Kooperation mit Land und Uni Kassel, Eigenbeteiligung der Stadt mit 250.000 €	5.100.000
Rote Rübe	Mobile Freizeitangebote für Kinder in Kasseler Stadtteilen	49.270*

*Bund **Land Hessen

Quelle: http://www.stadt-kassel.de/imperia/md/images/cms01/07-infosundservice/haushalt/haushaltsplan_2018.pdf

ARBEITSVORSCHLÄGE

4. Lesen Sie den Auszug aus dem Haushaltsplan der Stadt Kassel (M5).
- 4.1 Recherchieren Sie im Haushalt Ihrer Kommune nach den jährlichen Ausgaben für zehn verschiedene öffentliche Zuständigkeitsbereiche Ihrer Wahl (z.B. Bildungseinrichtungen).
 - a. Suchen Sie aus diesen Bereichen anschließend je einen konkreten Kostenpunkt aus (z.B. Sanierung eines Schulgebäudes).
 - b. Wählen Sie wie in der Tabelle in M5 zehn exemplarische Posten aus und halten Sie die dafür veranschlagten Kosten fest.
- 4.2 Wie M1 zu entnehmen ist, hat die Rettung der Commerzbank den deutschen Staat rund 4.5

Milliarden € gekostet. Vergleichen Sie dies mit den in der Tabelle in M5 aufgeführten Haushaltsposten der Stadt Kassel oder mit den von Ihnen recherchierten Haushaltsposten Ihrer Kommune. Berücksichtigen Sie bei Ihrer Betrachtung folgende Fragen:

- Wie viele Dreifelderhallen könnten in Deutschland mit dem Geld gebaut werden?
- Wie viele Freizeit- und Jugendeinrichtungen (wie z.B. »Café Libre« aus Kassel) könnten über ein Jahr hinweg gefördert werden?
- An wie vielen Schulen (wie z.B. am Wilhelmsgymnasium in Kassel) in Deutschland könnte eine Dach- und Fassadensanierung durchgeführt werden? _____

M6 Banken-Rettungsfonds: Gewinn nur Tropfen auf dem heißen Stein

1 Trotz Gewinn im letzten Jahr soll der deutsche
2 Banken-Rettungsfonds auch zehn Jahre nach der
3 Finanzkrise noch einen Milliardenverlust machen.
4 Der Fehlbetrag summiert sich mittlerweile auf
5 mehr als 20 Milliarden Euro.
6 Zehn Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkri-
7 se zeichnet sich für den staatlichen Banken-Ret-
8 tungs fonds in Deutschland immer noch ein Verlust
9 von mehr als 20 Milliarden Euro ab. Bis Ende 2016
10 sei ein Fehlbetrag von 22,5 Milliarden Euro aufge-
11 laufen, teilte die Bundesanstalt für Finanzmarkt-
12 stabilisierung (FMSA) am Freitag in Frankfurt mit.
13 Im vergangenen Jahr stand ein Gewinn von
14 98,6 (Vorjahr: minus 685) Millionen Euro zu
15 Buche, obwohl der Rettungsfonds (SoFFin) nach
16 Kursverlusten nochmals fast 600 Millionen Euro

17 auf seine Beteiligungen an der Commerzbank und
18 der Deutschen Pfandbriefbank (pbb) abschreiben
19 musste. Die Dividende der Commerzbank von 39
20 Millionen Euro machte das nicht wett.

21 Die Anteile an der Commerzbank (15 Prozent),
22 an der pbb als Nachfolgerin der Hypo Real Esta-
23 te (20 Prozent) und an Portigon als Nachfolger
24 der West LB stehen beim Banken-Rettungsfonds
25 noch mit zusammen 1,6 Milliarden Euro in den
26 Büchern. Dabei stecken allein 14,6 Milliarden
27 Euro Kapital aus dem Fonds in den drei Instituten.
28 [...] Für wie viel Geld der deutsche Steuerzahler
29 am Ende aufkommen muss, wird sich aber erst
30 nach der – nicht absehbaren – Abwicklung des
31 Fonds zeigen. ■ Quelle: © Nachrichtenagentur Reuters, veröffentlicht

im Handelsblatt vom 28.04.2017

M7 Wen das Sparpaket einschnürt

1 Die Bundesregierung will bis 2014 insgesamt 80
2 Milliarden Euro sparen.
3 [...] Hartz-IV-Empfängern soll das Elterngeld
4 komplett gestrichen werden. »Für die Empfänger
5 von Arbeitslosengeld II ist der Grundbedarf durch
6 die Regelsätze und die Zusatzleistungen gesichert.
7 Die zusätzliche Gewährung von Elterngeld in
8 Höhe von 300 Euro für Bezieher von Arbeits-
9 losengeld II verringert den Lohnabstand. Es sei
10 daher – analog zur Regelung beim Kindergeld –
11 vertretbar, zukünftig kein Elterngeld für die Be-
12 zieher von Arbeitslosengeld II vorzusehen, heißt
13 es dazu im Beschluss der Bundesregierung. Der
14 Bund spart durch diese Streichung 400 Millionen
15 Euro im Jahr.
16 Zudem entfällt das bisher gezahlte Übergangs-
17 geld vom Arbeitslosengeld I zum ALG II. Bisher
18 werden Alleinstehenden im ersten Jahr bis zu
19 160 Euro monatlich gezahlt, im zweiten bis zu
20 80 Euro. Für Verheiratete gibt es maximal das
21 Doppelte. Das Einsparvolumen beläuft sich 200
22 Millionen Euro.

23 Der aus Steuern bezahlte Rentenversicherungs-
24 beitrags für Langzeitarbeitslose soll ebenfalls entfal-
25 len, womit der Bund 1,8 Milliarden Euro einspart.
26 Bisher entsteht pro Jahr Hartz-IV-Bezug ein Ren-
27 tenanspruch von monatlich 2,09 Euro.

28 Die Koalition will zudem bei der Bundesagentur
29 für Arbeit Pflichtleistungen in Ermessensleistun-
30 gen umwandeln – etwa bei Eingliederungshilfen
31 für Jobsuchende. Dies soll den Anreiz zur Annah-
32 me einer Arbeit erhöhen. Insgesamt sollen Bund
33 und Bundesagentur für Arbeit auf diese Weise bis
34 2014 bis zu fünf Milliarden Euro sparen. [...]

35 Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfan-
36 ger wird ersatzlos gestrichen. Je nach Haushalts-
37 gröÙe werden derzeit Pauschalbeträge zur Miete,
38 die für die Wohngeldhöhe maßgeblich sind, hin-
39 zugerechnet. Bei Einpersonenhaushalten sind es
40 24 Euro, bei Zweipersonenhaushalten 31 und für
41 jedes weitere Familienmitglied 6 Euro im Monat.
42 Mit der Kürzung spart der Bund Kosten von 100
43 Millionen Euro im Jahr. ■ Quelle: Frankfurter Rundschau vom

07.06.2010, © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH

ARBEITSVORSCHLÄGE

5.1 Vergleichen Sie die Kürzungspläne der Bun-
desregierung im sozialen Bereich aus dem Jahr
2010 (M7) mit den bisherigen Kosten des deut-
schen Bankenrettungsfonds (M6). Wie hoch sind
die Gesamtkosten derzeit? Welcher Betrag sollte
im sozialen Bereich eingespart werden?

5.2 Vergleichen Sie einzelne Posten des Kürzungs-
paketes (M7) mit der Unterstützung der Commerz-
bank (M1, M2).

5.3 Bewerten Sie das Verhältnis zwischen den Kür-
zungen und den Kosten der Bankenrettung.

M8 Die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung

- 1 Die Bankenrettung in Deutschland war ein Verlustgeschäft für die Bürger_innen. Eine genaue Übersicht über die Zahlen hat anscheinend niemand. Aber nach Angaben in verschiedenen Medienberichten dürften die Gesamtkosten für Bund und Länder derzeit bei 66,5 Milliarden Euro liegen (siehe Tabelle). Der Bankenrettungsfonds SoFFin hat bislang ein Minus von 22,5 Milliarden Euro gemacht. Weitere 10 Milliarden Euro Verlust hat die staatliche Förderbank KfW als Großaktionärin in die Mittelstandsbank IKB gemacht. Dazu kommen die Kosten der Bundesländer für die Rettung ihrer Landesbanken (Sachsen LB, West LB, Bayern LB, HSH Nordbank und Landesbank Baden-Württemberg), die zusammen 34 Milliarden Euro ergeben. ■ Quelle: Autorentext

Bank	Kosten in Mrd. Euro	Quelle
diverse (SoFFin)	22,5	Handelsblatt, 28.04.2017
Deutsche Industriebank – IKB	10	Tagesspiegel, 29.07.2017
HSH Nordbank	13	Die Welt, 27.02.2018
West LB	10	Spiegel Online, 26.09.2014
Bayern LB	7	Augsburger Allgemeine, 14.07.2017
Landesbank Baden Württemberg	2,5	Spiegel Online, 26.09.2014
Sachsen LB	1,5	MDR, 17.08.2018
Summe	66,5	

M9 Die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017

- 1 Der aktuelle Bundeshaushalt zeigt, wie der Staat das Geld verteilt, das ihm zur Verfügung steht. Die Ausrichtung des Haushaltes hängt stets von den Vorstellungen der jeweiligen Regierung über gesellschaftliche Entwicklungen ab. Der Haushalt ist daher Gegenstand politischer Debatten und wird von unterschiedlichen Akteuren des Politikbetriebs verteidigt, kritisiert oder bemängelt. In der nachfolgenden Tabelle M1 sind die zehn größten Posten des Bundeshaushaltes 2017 aufgelistet. ■ Quelle: Autorentext

Kosten in Mrd. Euro	Ressort	Anteil in Prozent
98,3	Bundesministerium für Arbeit und Soziales I: Renten	29,87
37,3	Bundesministerium für Arbeit und Soziales II: Arbeitslosengeld	11,33
37,0	Bundesministerium der Verteidigung	11,24
2,9	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	8,48
20,0	Bundesschuld	6,07
17,6	Bundesministerium für Bildung und Forschung	5,36
15,2	Bundesministerium für Gesundheit	4,61
11,2	Allgemeine Finanzverwaltung	3,40
9,5	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2,89
53,1	Alle anderen Ausgaben des Bundes zusammen	16,14

Quelle: <https://www.bundeshaushalt-info.de> (22.03.18)

M10 Stichworte aus der allgemeinen
Erklärung der Menschenrechte

- 1 Alle Menschen haben das Recht auf ... Men-
schenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität
... Freiheit von Diskriminierung ... Leben und
Sicherheit der Person ... Verbot von Sklaverei und
5 Folter ... Gleichheit vor dem Gesetz ... Rechts-
schutz ... Schutz vor Verhaftung und Ausweisung
... ein faires Gerichtsverfahren ... Garantie der
Unschuldsvermutung ... Schutz der Privatsphäre
... Bewegungsfreiheit ... Asyl ... Staatsangehörig-
10 keit ... Eheschließung und Familie ... Eigentum
... Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
... Meinungs- und Informationsfreiheit ... Ver-
sammlungs- und Vereinigungsfreiheit ... Wahl-
recht und Demokratieprinzip ... soziale Sicher-
15 heit ... angemessene Arbeit und Mitgliedschaft in
einer Gewerkschaft ... Erholung und Freizeit ...
einen angemessenen Lebensstandard einschließ-
lich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher
Versorgung und notwendiger sozialer Leistun-
20 gen ... Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit,
Krankheit, Invalidität und im Alter ... Bildung ...
Teilnahme am kulturellen Leben in der Gemein-
schaft (Kunst und Wissenschaft) ... eine soziale
und internationale Ordnung, in welcher die ange-
25 führten Rechte voll verwirklicht werden. ■

ARBEITSVORSCHLÄGE

6. Verschaffen Sie sich einen kurzen Überblick über die Gesamtkosten der Bankenrettung für den deutschen Staat (M8) sowie über die Ausgaben des Haushalts der Bundesrepublik Deutschland (M9 oder online auf <https://www.bundeshaushalt-info.de>).
- 6.1 Sammeln Sie mindestens zehn Aufgaben des Staates auf Karten (eine Karte pro Aufgabe). Lassen Sie sich dabei von den Stichworten aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (M10)

anregen. Rahmen Sie drei Karten ein, die für eine solidarische Gesellschaft besonders wichtig sind. Begründen Sie ihre Auswahl.

- 6.2 Stellen Sie sich vor der Staat hätte das Geld, das er in den vergangenen 10 Jahren für die Bankenrettung ausgegeben hat (M8), für andere Dinge zur Verfügung. Wie würden Sie jährlich rund 6,5 Milliarden Euro im Bundeshaushalt auf die Ressorts verteilen? Begründen Sie Ihre Entscheidungen und diskutieren Sie diese im Plenum. —